

Generalsekretär Volker Rühle:

Mit großem Schwung jetzt in die nächsten Wahlen

Nach einer Sitzung des Parteipräsidiums am 26. März hat Generalsekretär Volker Rühle der Bonner Presse gegenüber zunächst das Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein kommentiert. Volker Rühle brachte seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß ganz offenbar die SPD-Landesregierung in Kiel ihren Glanz verloren hat und jetzt wie alle anderen Landesregierungen unter normalen Bedingungen arbeiten und sich bewerten lassen muß. Weiter Rühle:

Wir haben es zwar in den kreisfreien Städten nicht geschafft, die stärkste Partei zu werden. Aber wenn Sie sich die elf Kreise in Schleswig-Holstein anschauen, dann ist in acht dieser Kreise die CDU zur stärksten Partei geworden, und in einem neunten Fall fehlen sogar nur 0,1 Prozent.

Insgesamt zeigt das Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, und zeigt das Wahlergebnis in der DDR vom letzten Wochenende, daß die Union eine Partei im Aufschwung ist. Wir können den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen mit großem Optimismus entgegenschauen. Gleichzeitig macht sich bei den Sozialdemokraten verstärkt Ratlosigkeit darüber breit, wie sie auf diese Situation reagieren sollen.

Wir haben im Präsidium der Partei noch einmal betont, daß in der DDR alle Chancen für die Bildung einer Regierung der großen Koalition genutzt

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Kommunalwahlen**
Ottfried Hennig: Die CDU Schleswig-Holsteins kann mit dem Wahlergebnis zufrieden sein. Seite 4
- **Deutschland**
Generalsekretär Volker Rühle: Auch das Studium in der DDR muß wieder attraktiv werden. Seite 9
- **Verkehr**
Autobahnraststätten: Pächter wehren sich gegen zivil staatliche Bevormundung. Seite 13
- **Umweltschutz**
Beim Umwelt-Strafrecht werden die Schlupflöcher geschlossen. Seite 15
- **Rentenversicherung**
Kindererziehungszeiten für Mütter der Geburtsjahrgänge 1917–1920. Seite 18
- **Krankenversicherung**
Einsparziele der Gesundheitsreform wurden voll erreicht. Seite 19
- **Dokumentation**
Zwölf Thesen der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit der 90er Jahre. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

werden sollten. Ich begrüße daher, daß sich Herr Lafontaine in einem Interview korrigiert und deutlich gemacht hat, daß auch er einer konstruktiven Mitarbeit der Sozialdemokraten der DDR in einer Regierung de Maizière nicht entgegensteht.

Lafontaine muß seine destruktive Rolle aufgeben

Lafontaine zeigt damit aber erneut seine Unberechenbarkeit und, daß er ständig hin und her schwankt. Es bleibt zu hoffen, daß er die destruktive Rolle in der deutschen Politik unter dem Druck der guten Wahlergebnisse der Union aufgibt. Seine bisherige Strategie war die Strategie einer Ohne-uns-SPD. Das ist genau das, was in den 50er Jahren Ollenhauer verkörpert hat, und die Sozialdemokraten müssen sich fragen lassen, ob sie Herrn Lafontaine auf diesem Wege wirklich folgen wollen.

Wir halten an der Bundestagswahl in diesem Jahr fest

Ich habe im Präsidium auch noch einmal verdeutlicht, daß wir auf jeden Fall an den Wahlen zum Deutschen Bundestag in diesem Jahr, nämlich Anfang Dezember, festhalten. Es ist ganz unerlässlich, daß die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei diesen Bundestagswahlen die Möglichkeit haben, zu den historisch entscheidenden politischen Prozessen, die jetzt ablaufen, ihre Meinung zu sagen und eine Regierung zu wählen, die den Prozeß der deutschen Einigung vorantreibt.

Wir haben uns auch kurz mit der Situation der DDR im Hinblick auf die Tätigkeit und die Verdächtigungen der Stasi

Helmut Kohl wieder Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, ist wieder Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen CDU für die Bundestagswahl im Dezember.

Die Vertreterversammlung der Landespartei wählte Kohl in Mainz zum fünftenmal seit 1976 auf Platz eins der Landesliste. Er erzielte mit 280 Stimmen bei je zwei Neinstimmen und Enthaltungen auch das mit Abstand beste Ergebnis unter den ersten Kandidaten der Liste.

beschäftigt. Wir sind der Meinung, daß offensiv aufgeklärt werden muß. Was wir aber vermissen, ist die kritische Auseinandersetzung mit den Schöpfern der Staatssicherheit, mit der SED und jetzt PDS. Diese Partei ist nämlich die eigentliche Staatssicherheits-Fraktion, und es ist schon der Gipfel der Heuchelei, wenn die sich jetzt zurückhalten und so tun, als ob sie mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben.

Die PDS ist die Fraktion der Staatssicherheit

Sie haben die Staatssicherheit nämlich geschaffen. Und die PDS ist unter Führung von Herrn Gisy und Herrn Modrow auch heute noch die Fraktion der Staatssicherheit. Es ist deshalb ganz unerlässlich, daß mit dieser Heuchelei Schluß gemacht wird und das Scheinwerferlicht auf die eigentlich Verantwortlichen für diese schwierige Situation gerichtet wird.

Alfred Dregger:

Der Feind der Demokratie ist die SED, die sich jetzt PDS nennt

Zur aktuellen Entwicklung in der DDR hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in der Fraktionssitzung am 27. März erklärt:

Die „Allianz für Deutschland“ hat — mit unserer tatkräftigen Unterstützung — die Wahl in der DDR gewonnen, weil sie die richtigen Ziele formuliert und in der richtigen Weise an die Menschen herangetragen hat — nämlich nicht nur mit dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen.

Die richtigen Ziele waren und sind: Freiheitlicher Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft, staatliche Einheit der Deutschen. Jetzt gilt es, diese Ziele so bald wie möglich in die Tat umzusetzen. Dabei geht es um die Herbeiführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, aber auch um die Verfassungs- und Rechtsunion. Der Feind des demokratischen Rechtsstaats ist die SED, die sich jetzt PDS

nennt. Sie ist die Stasi-Partei, die Unterdrückungs-Partei. Es ist eine unglaubliche Unverfrorenheit, daß diese Partei Herrn Modrow zum Parlamentspräsidenten vorgeschlagen hat. Ebenso unglaublich und völlig inakzeptabel ist, daß mit Hilfe der früheren Stasi-Diener dieser Partei immer neue Gerüchte gestreut werden, um demokratische Politiker außer Gefecht zu setzen.

Stasi stand nicht nur für Terror, Korruption und Gewalt, sondern auch für Desinformation. Die demokratischen Kräfte in der DDR müssen aufpassen, daß sie nicht gegen ihren Willen das Werk der Stasi verrichten. Ich halte alle sogenannten „Informationen“, die aus Stasi-Quellen stammen, für unseriös. Diese Hinweise sollten sorgfältig geprüft werden, bevor sie in die öffentliche Diskussion eingeführt werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß das politische Leben in der DDR für Monate stillgelegt wird.

Lafontaines Rechnung wird nicht aufgehen

Zur Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine erklärte Generalsekretär Volker Rühle: Mangels Alternative haben sich die Sozialdemokraten den Bedingungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine unterworfen und ihn zum Kanzlerkandidaten ausgerufen.

Lafontaine ist ein Kandidat ohne Konzept. Ehrgeizig will er an die Macht, indem er versucht, die Menschen in Deutschland zu verunsichern,

ihnen Angst vor der Zukunft einzureden. Aber Lafontaines Rechnung, Angst und Verunsicherung zu verbreiten, wird nicht aufgehen. Er hat kein Kanzlerformat und paßt nicht in eine vom Optimismus der Deutschen geprägte Zeit. Es ist eine Sache, ein Ruderboot wie das Saarland zu steuern, aber eine andere, auf der Brücke des riesigen Tankers Bundesrepublik Deutschland zu stehen. ■

Ottfried Hennig:

Die CDU Schleswig-Holsteins kann mit dem Wahlergebnis zufrieden sein

Seine Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein hat der Landesvorsitzende Ottfried Hennig mit dem Vergleich dieser Wahlen gegenüber dem Landtagswahlergebnis von 1988 begründet. Hennig: Richtig ist zwar, daß die CDU Schleswig-Holstein gegenüber dem Kommunalwahlergebnis von 1986 2,9 Prozent verloren hat. Aber der einzige realistische Vergleich ist der mit der letzten Wahl vor weniger als zwei Jahren.

Damals hatte die CDU nach ihrer großen Krise lediglich 33,3 Prozent errungen. Demgegenüber hat sie glatte acht Prozent hinzugewonnen. Die CDU ist also wieder da. Sie kann mit ihrer Aufbauarbeit fortfahren. Das Ergebnis nimmt die Nervosität und die bisher teilweise immer noch vorhandene Depression aus der Partei heraus. Wir sind ein großes Stück weitergekommen.

Das kann die SPD nun wahrlich nicht

sagen. Engholm hat im Vergleich zur Landtagswahl glatte 12 Prozent verloren. In absoluten Stimmen ist er von 858.000 auf 604.000 abgestürzt, also um mehr als eine viertel Million. Das ist die Quittung für sein Nichtstun und seine Führungsschwäche. Das Ergebnis gibt uns als CDU eine gute Chance für die Bundestagswahl am 2. Dezember.

In dem Maße, in dem der Erholungsprozeß der Partei fortschreitet, werden wir auch mit wesentlich verbesserten Aussichten in die nächste Landtagswahl, die 1992 stattfindet, hineingehen. Mein Dank gilt den vielen Parteifreunden und insbesondere den Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die sich in diesem Wahlkampf so großartig engagiert haben.

Ein großes Dankeschön geht aber auch an die Adresse Helmut Kohls, der nicht nur für Rückenwind aus Bonn gesorgt hat, sondern mit dem großartigen DDR-Wahlergebnis Grund zu Optimismus gelegt hat.

Infas: Schleswig-Holstein ist nicht rot geworden

Nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein liegen die beiden großen Parteien nach Ansicht des Bonner Wahlforschungsinstitutes Infas gleichauf. In der Analyse heißt es unter anderem:

Wie erwartet gelang es der SPD in Schleswig-Holstein nicht, an ihr sensa-

tionelles Wahlergebnis aus der Landtagswahl 1988 (54,8 Prozent) annähernd heranzukommen. Sie blieb sogar noch leicht unter den bei der Europawahl 1989 erzielten 44,4 Prozent. Auch wenn die SPD insgesamt zur stärksten Partei aufrückte: Schleswig-Holstein ist nicht rot geworden.

Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 25. März 1990

– Vorläufiges amtliches Endergebnis –

	Kommunalwahl 1990 ¹⁾		Kommunalwahl 1986 ¹⁾		Bundestagswahl 1987 (Zweitstimmen)		Landtagswahl 1988		Europawahl 1989	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 056 244		2 011 814		2 039 338		2 041 062		2 057 364	
Wahlbeteiligung	1 428 694	69,5	1 381 382	68,7	1 720 817	84,4	1 580 465	77,4	1 201 267	58,4
Gültige Stimmen	1 410 041		1 356 581		1 706 207		1 566 837		1 191 296	
SPD	604 501	42,9	546 858	40,3	679 229	39,8	857 956	54,8	528 388	44,4
CDU	582 976	41,3	599 355	44,2	715 746	41,9	521 264	33,3	433 869	36,4
FDP	85 876	6,1	59 618	4,4	160 861	9,4	69 620	4,4	63 584	5,3
Grüne	84 161	6,0	100 021	7,4	136 051	8,0	44 898	2,9	80 129	6,7
SSW	22 887	1,6	23 416	1,7	—	—	26 643	1,7	—	—
NPD	469	0,0	—	—	8 196	0,5	19 154	1,2	—	—
REP	12 098	0,9	—	—	—	—	8 673	0,6	54 943	4,6
DKP	108	0,0	3 170	0,2	—	—	2 253	0,1	1 939	0,2
Wählergruppen	16 684	1,2	22 813	1,7	—	—	—	—	—	—
Sonstige	281	0,0	1 330	0,1	6 124	0,4	16 376	1,0	28 444	2,4

¹⁾ Gemeinderatswahl in den kreisfreien Städten und Kreisratswahl in den kreisangehörigen Gemeinden

Ergebnisse der Gemeinderatswahl in den kreisfreien Städten

	Wahljahr	Wahl- bet.	SPD	CDU	FDP	Grüne	SSW	REP
Flensburg	G 1990	63,4	39,0	32,0	3,2	6,7	19,2	—
	G 1986	63,6	35,1	33,3	2,7	8,0	20,6	—
	B 1987	80,6	46,4	35,7	7,9	9,3	—	0,3
	L 1988	74,4	51,4	25,2	3,1	2,8	15,9	2,4
Kiel	G 1990	62,4	51,3	32,8	5,4	7,8	0,2	—
	G 1986	60,8	50,6	36,6	3,0	8,8	0,1	—
	B 1987	82,3	47,3	33,6	7,8	10,5	—	0,7
	L 1988	77,3	64,6	25,1	3,9	3,4	0,5	3,1
Lübeck	G 1990	64,3	45,1	38,4	5,4	5,5	—	—
	G 1986	61,6	43,8	39,7	2,3	7,9	—	—
	B 1987	80,9	43,3	40,3	7,8	7,6	—	1,0
	L 1988	74,0	60,1	30,1	3,4	2,8	—	—
Neumünster	G 1990	62,3	49,3	39,5	4,7	6,3	—	—
	G 1986	64,0	48,9	40,7	2,5	7,3	—	—
	B 1987	81,0	45,5	40,5	6,7	6,6	—	0,4
	L 1988	73,0	61,2	29,8	3,3	2,8	—	—

G = Gemeinderatswahl
K = Kreistagswahl
B = Bundestagswahl (Zweitstimmen)

L = Landtagswahl
WG = Wählergruppen

Ergebnisse der Kreistagswahl in den Kreisen

	Wahljahr	Wahl- bet.	SPD	CDU	FDP	Grüne	SSW	REP
Dithmarschen	K 1990	72,3	41,3	42,9	4,2	3,6	—	—
	K 1986	72,9	36,6	44,3	3,6	4,2	—	—
	B 1987	84,4	39,1	44,9	9,2	5,8	—	0,4
	L 1988	78,7	52,7	36,7	4,1	2,3	0,1	—

	Wahljahr	Wahl- bet.	SPD	CDU	FDP	Grüne	SSW	REP
Herzogtum Lauenburg	K 1990	72,8	40,9	43,5	7,6	5,6	—	1,9
	K 1986	72,0	38,5	46,4	6,5	8,4	—	—
	B 1987	85,6	37,0	44,7	10,1	7,3	—	—
	L 1988	77,6	51,3	36,7	5,0	3,1	—	1,1
Nordfriesland	K 1990	70,1	36,2	39,4	5,4	4,9	5,2	—
	K 1986	69,2	38,7	43,0	5,2	7,1	6,0	—
	B 1987	82,5	37,7	42,8	10,4	8,3	—	—
	L 1988	76,4	49,2	35,0	4,4	3,0	5,9	0,2
Ostholstein	K 1990	72,2	43,2	43,1	6,3	5,1	—	2,3
	K 1986	71,1	41,6	46,1	4,6	5,9	—	—
	B 1987	85,4	39,7	44,4	8,6	6,4	—	—
	L 1988	78,9	54,1	36,5	3,7	2,4	—	0,8
Pinneberg	K 1990	69,0	43,2	40,8	7,9	8,2	—	—
	K 1986	69,1	40,5	44,8	4,8	8,9	—	—
	B 1987	86,0	37,9	42,5	10,6	8,3	—	—
	L 1988	76,1	54,1	33,5	5,6	3,4	0,3	0,4
Plön	K 1990	76,4	45,4	42,4	5,4	5,9	—	—
	K 1986	74,0	42,6	46,2	3,9	6,9	—	—
	B 1987	87,9	40,4	41,7	9,0	8,1	—	—
	L 1988	83,4	56,5	33,7	4,2	2,6	—	0,6
Rendsburg- Eckernförde	K 1990	72,9	42,6	43,9	6,0	5,0	1,4	1,2
	K 1986	72,5	40,1	47,1	4,5	6,6	1,1	—
	B 1987	85,9	39,9	42,2	9,4	7,7	—	—
	L 1988	80,9	54,8	34,2	4,5	2,3	1,8	0,5
Schleswig-Flensburg	K 1990	73,5	39,2	44,1	4,3	4,4	8,1	—
	K 1986	72,5	33,6	45,6	3,2	5,5	8,2	—
	B 1987	84,7	38,5	44,0	8,8	7,9	—	—
	L 1988	79,8	49,6	34,2	3,6	2,3	8,2	0,2
Segeberg	K 1990	67,2	41,0	44,8	8,2	6,0	—	—
	K 1986	66,6	35,7	48,8	7,1	8,2	—	—
	B 1987	84,5	35,2	44,7	11,3	7,9	—	—
	L 1988	74,7	52,4	35,6	5,9	2,9	—	0,5

Hoffnung und Zuversicht in der DDR bremsen den Strom der Übersiedler

Die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Gertrud Dempwolf, hat den drastischen Rückgang der Zahl der Übersiedler am Wochenende als Zeichen dafür gewertet, daß die Maßnahmen der Bundesregierung ihre Wirkung tun.

Am letzten Samstag wurden 132 Übersiedler in der Bundesrepublik registriert. Vor der Wahl am 18. März 1990 kamen fast 2.000 Übersiedler täglich in die Bundesrepublik Deutschland. Hier zeigt sich, daß der Wahlerfolg der CDU unseren Landsleuten in der DDR Hoffnung und Zuversicht auf eine Verbesserung ihrer politischen, wirtschaftlichen Lage gibt.

Die starke Reduzierung des Übersiedlerstromes straft auch den Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, und seine hemmungslose Verunsicherung der Menschen in beiden Teilen Deutschlands

Lügen. Nicht das Notaufnahmeverfahren und seine vermeintlichen Anreize hat die Menschen bewogen, eine neue Heimat in der Bundesrepublik zu suchen, sondern ihre aussichtslose Lage unter der alten Regierung der DDR.

Die geänderte Perspektive im anderen Teil Deutschlands rechtfertigt auch, daß in der kommenden Woche Übersiedler, die selbst gekündigt haben, arbeitslosen Bundesbürgern gleichgestellt werden:

Beim Erhalt des Eingliederungsgeldes werden die Arbeitsämter in diesen Fällen die übliche Sperrzeit von 12 Wochen nach § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) anwenden. Denn die pauschale Annahme, daß Übersiedler ihren Arbeitsplatz in einer Zwangslage verlassen haben, gilt nach der Wahl am 18. März 1990 nicht mehr. Wer heute seinen Arbeitsplatz in der DDR freiwillig aufgibt kann nicht anders behandelt werden als ein Bundesbürger in der gleichen Situation.

	Wahljahr	Wahlbet.	SPD	CDU	FDP	Grüne	SSW	REP
Steinburg	K 1990	70,7	44,1	44,2	5,2	6,1	—	—
	K 1986	70,2	40,5	46,7	3,6	5,5	—	—
	B 1987	84,5	39,8	43,4	8,4	7,5	—	—
	L 1988	77,1	54,3	35,2	4,3	3,0	0,1	0,3
Stormarn	K 1990	72,1	41,1	43,8	7,8	7,3	—	—
	K 1986	71,1	38,1	46,1	5,9	9,7	—	—
	B 1987	86,8	35,1	42,9	12,3	8,9	—	—
	L 1988	78,0	52,3	35,5	5,5	3,5	—	0,4

Auch das Studium in der DDR muß wieder attraktiv werden

Studienbewerber aus der DDR und Berlin (Ost), die dort eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, können grundsätzlich ein Studium an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. Die Anerkennung der Hochschulzugangsberechtigungen erfolgt durch die zuständigen Ministerien der Länder. Über die derzeitige Zahl der Studenten an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland, die aus der DDR stammen, gibt es keine Angaben, da diese Studenten als Deutsche in den Statistiken nicht gesondert erfaßt werden.

Die Motive von Studienbewerbern aus der DDR, ein Hochschulstudium in der Bundesrepublik Deutschland anzustreben, sind vielfältig:

■ In der DDR war bislang eine restriktive, politisch motivierte Zulassungspraxis üblich, durch die viele Studienbewerber trotz Eignung nicht zum Studium zugelassen wurden.

■ An den Hochschulen der DDR werden Fächer wie Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Sozialwissenschaften oder Philosophie nicht nach den international üblichen wissenschaftlichen Kriterien gelehrt. Das Fach Informatik ist an den Hochschulen kaum vertreten.

■ Die Ausstattung mit Fachliteratur und technischem Gerät entspricht nur selten dem internationalen Standard.

■ Die bisherige starke Ideologisierung der sogenannten „gesellschaftsrelevanten Fächer“ läßt die künftige Verwertbarkeit

eines solchen Studiums in der DDR als wenig aussichtsreich erscheinen.

■ Die studentische Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem durch das BAföG attraktiv für Bewerber aus der DDR.

Ein nennenswerter Zustrom von Studienbewerbern aus der DDR würde die ohnehin schon angespannte Lage an den westdeutschen Universitäten weiter verschärfen. Vor allem an den grenznahen Universitäten Berlin, Göttingen, Marburg und Bayreuth könnten erhebliche Probleme eintreten. Über die zu erwartende Zahl an Studienbewerbern aus der DDR lassen sich nur vorsichtige Schätzungen anstellen: An den 54 Hochschulen in der DDR

Von Generalsekretär Volker Rühle

studierten 1987 insgesamt 132.000 Studenten. Unter den 35.000 Bewerbern für das Sommersemester 1990 bei der ZVS befanden sich lediglich 800 Bewerber aus der DDR. Da zu Wintersemestern aber regelmäßig eine höhere Zahl an Erstsemestern verzeichnet wird, muß für den Herbst 1990 auch mit einer höheren Zahl an Studienbewerbern aus der DDR gerechnet werden. Der Bundesbildungsminister hält es für möglich, daß bis zu 45.000 Studienbewerber aus der DDR einen Studienplatz in der Bundesrepublik suchen. In diese Schätzung ist bereits einkalkuliert, daß die Verkürzung der Dienstzeit bei der NVA einen zusätzlichen Schub an Studienbewerbern erzeugt.

■ Die mit über 1,5 Millionen Studenten überlasteten Hochschulen (bei weniger als 800.000 Studienplätzen) könnten eine weitere Steigerung der Studentenzahlen kaum verkraften.

■ Auch der Wohnraum für Studenten ist äußerst knapp; für weiteren Bedarf fehlt es an Kapazität.

■ Ein Vergleich der Leistungsprofile der Abiturprüfungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR hat ergeben, daß bis auf die Fächer Mathematik und Physik eine Gleichwertigkeit der Leistungsanforderungen nicht gegeben ist. Es steht zu erwarten, daß die geringeren Leistungsanforderungen zur Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung in der DDR zu einem Verdrängungswettbewerb gegenüber Bewerbern aus der Bundesrepublik Deutschland führen, mit allen negativen Folgen für das Klima unter den Studenten.

Um eine weitere Verschärfung der Lage an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland durch einen größeren Zustrom von Bewerbern aus der DDR zu verhindern, müssen

■ unberechtigte Ängste der Studenten in der DDR abgebaut,

■ gleiche Leistungsanforderungen für Studienbewerber aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gelten und

■ das Studium in der DDR attraktiv gemacht werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sind folgende Maßnahmen vorzuschlagen:

1 Es muß von Politikern beider deutscher Staaten öffentlich klargelegt werden, daß der deutsche Einigungsprozeß nicht zu einem plötzlichen und radikalen Abbau der in der DDR bestehenden Studienfinanzierung und anderer sozialer Hilfen für Studenten führen wird, wie z.B. Studentenwohnheime und Kinderbetreuungseinrichtungen.

2 Studienberechtigte in der DDR, die die Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik Deutschland planen, müssen frühzeitig die Möglichkeit haben, sich über die realistischen Studienbedingungen in Westdeutschland zu informieren.

3 Die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz dürfen nicht zu sozialen Verzerrungseffekten führen. Ein Student, der in der DDR seinen Wohnsitz hat und an einer grenznahen Universität studiert, kann nach geltendem Recht bis zum vollen BAföG-Satz gefördert werden. Auf Grund der geltenden Währungsparitäten stünden ihm damit Finanzmittel zur Verfügung, die in der DDR einem Chefarzt-Gehalt entsprächen.

Die Bundesregierung sollte ermächtigt werden, die BAföG-Leistungen für „Bildungspendler“ sozial gerecht zu modifizieren. Ein entsprechender Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt bereits vor.

4 Die Anerkennungspraxis der in der DDR erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen bedarf einer Überprüfung. Es ist festzustellen, ob das für die Hochschulzugangsberechtigung geforderte Leistungsniveau in allen Fällen identisch ist mit den Leistungsanforderungen in der Bundesrepublik Deutschland. Weicht das Leistungsniveau nach unten hin ab oder ist eine Vergleichbarkeit der Niveaus nicht herzustellen, sind ggf. Hochschuleingangsprüfungen und Nachqualifizierungskurse vorzusehen.

Der Freistaat Bayern erkennt inzwischen in der DDR erworbene Hochschulzugangsberechtigungen grundsätzlich nicht mehr an; andere Länder erwägen den gleichen Schritt.

Eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz prüft derzeit den entsprechenden Handlungsbedarf.

5 Hauptziel muß es sein, das Studium in der DDR für die dort lebenden Studenten attraktiv zu machen. Es gilt, einen intellektuellen Exodus aus der DDR zu verhindern und genügend junge Menschen heranzubilden, die bereit und auch in der Lage sind, sich für den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu engagieren.

■ Die aus den ersten freien Volkskammerwahlen hervorgegangene Regierung der DDR sowie die noch zu wählenden Landesregierungen haben die Aufgabe, eine umfassende Hochschulreform einzuleiten. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist zu gewährleisten. Zukunftsorientierte Studiengänge wie BWL, VWL und Informatik sind bevorzugt neu einzurichten.

■ Die an den Hochschulen der DDR vorhandenen räumlichen Kapazitäten müssen besser genutzt werden, um einer größeren Zahl von Studenten — vor allem auch denen, die bisher aus ideologischen Gründen vom Studium ferngehalten worden waren, — den Zugang zur Hochschule ermöglichen zu können. Für eine Übergangszeit kann auch die Einteilung des Studienjahres in Trimester erwogen werden.

■ Dringend notwendig ist eine wesentlich verbesserte Ausstattung der Hochschulen in der DDR mit internationaler

Für eine Übergangszeit sind Trimester denkbar

wissenschaftlicher Fachliteratur und modernem technischen Gerät. Die Verbesserung der sächlichen Ausstattung muß möglichst rasch erfolgen, da sie Grundvoraussetzung für ein wissenschaftliches Studium ist, das zur Konkurrenz mit Bewerbern aus der Bundesrepublik Deutschland befähigt. Der Vorschlag

des RCDS ist zu begrüßen, die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sollten zu diesem Zweck einen Solidaritätsfonds für die Hochschulen in der DDR einrichten.

■ Die Reform der Universitätsausbildung sowie der wissenschaftlichen Forschung in der DDR muß flankiert werden durch ein breit angelegtes Programm von Hochschulpartnerschaften zwischen West- und Ostdeutschland. Im Rahmen

Die Möglichkeiten des Fernstudiums einbeziehen

dieser Partnerschaften kann fachliche Beratung und wissenschaftlicher Austausch organisiert werden. Es wäre z. B. ohne größeren Aufwand möglich, Vorlesungsangebote westdeutscher Hochschulen in propädeutischen Fächern als „Sommerakademien“ an Hochschulen der DDR zu wiederholen. In diesen wissenschaftlichen Austausch sind auch die bestehenden Möglichkeiten des Fernstudiums einzubeziehen.

■ Vor allem in jenen Studienfächern, die der ideologischen Beeinflussung in den zurückliegenden Jahren besonders stark ausgesetzt waren, kann ein Neuanfang nur durch einen umfassenden personellen Neubeginn erzielt werden. Die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt für Hochschuldozenten in der Bundesrepublik Deutschland läßt es zu, Nachwuchswissenschaftler für eine zeitlich begrenzte Lehrtätigkeit in der DDR einzustellen. Diese würden damit die Chance erhalten, wissenschaftlich arbeiten zu können, was ihre künftigen Berufungschancen erhöhen würde.

■ Die verfassungsrechtlich verankerte Kulturhoheit der Länder verpflichtet diese, neben dem Bund einen Beitrag zum Aufbau einer freiheitlichen universitären Lehre und Forschung in der DDR

zu leisten. Der bereits heute erkennbare hohe Ersatzbedarf an Universitätsdozenten ab dem Jahr 2000 rechtfertigt gegenwärtig die Verwendung von Haushaltsmitteln der Länder für den Einsatz von Nachwuchswissenschaftlern in der DDR: Die Länder stellen damit sicher, daß ihr eigener Bedarf an wissenschaftlichem Personal auch künftig gedeckt werden kann. Die Mittel des Bundes könnten bevorzugt für die Förderung von Doktoranden und Habilitanten eingesetzt werden, damit auch Nachwuchswissenschaftlern in der DDR eine attraktive Perspektive geboten werden kann.

■ Die Attraktivität der Hochschulen in der DDR hängt nicht zuletzt von der Bereitschaft ausgewiesener Wissenschaftler aus den freiheitlichen Demokratien des Westens ab, einen Lehrauftrag oder eine Gastprofessur in der DDR anzunehmen. Statt viele Studenten nach Westen ziehen zu lassen, sollten wenige, aber hoch qualifizierte Professoren bereit sein, ihr Können und Wissen auch im Osten Deutschlands weiterzugeben.

■ Der Aufbau leistungsfähiger Hochschulen in der DDR wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Es wird vor allem auch darauf ankommen, bereits vorhandene Gelder für Wissenschaft und Forschung in der DDR einzusetzen. Hier stellt sich dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft eine neue, lohnende Aufgabe. Die dort investierten Stiftungsmittel kommen bereits mittelfristig auch dem Aufbau der Wirtschaft in der DDR zugute; sie tragen unmittelbar dazu bei, Unternehmen in der DDR kooperationsfähig zu machen mit solchen in der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vergabe von Geldern für die sog. „Drittmittelforschung“ sollten wissenschaftliche Forschungseinrichtungen in der DDR zunehmend einbezogen werden, um den Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft sicherzustellen.

Bis 1993 rund 54.000 Park-and-Ride-Plätze

Um das Umsteigen von Autofahrern auf S- und U-Bahnen oder Omnibusse zu fördern, will der Bund bis 1993 die Einrichtung von rund 54.000 Park-and-Ride-Plätzen — auf denen die Autofahrer ihren Wagen zum Umsteigen in ein öffentliches Verkehrsmittel stehen lassen können — mitfinanzieren.

Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Dieter Schulte, mitteilte, sind bereits 37.000 Park-and-Ride-Plätze erstellt worden, bis 1993 sei der Bau von 17.000 weiteren geplant.

Um zur Entlastung der Straßen und zur Verringerung von Abgas und Lärm beizutragen, unterstützt der Bund auch die Bildung von Fahrgemeinschaften.

Die Belastung der Anwohner durch Kraftfahrzeuge sei vor allem in den Ballungszentren groß. Dort sei die Kraftfahrzeugdichte mit 474 Pkw auf 1.000 Einwohner allerdings weniger stark als auf dem Lande, wo durchschnittlich 490 Pkw auf 1.000 Einwohner entfallen.

Auch andere private Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland, wie z.B. die VW-Stiftung, die Shell-Stiftung oder die Quandt-Stiftung sowie die acht Begabtenförderungswerke könnten einen Beitrag leisten, das Studium in der DDR für die dortigen Studenten attraktiv zu machen.

■ Die von der EG aufgelegten Förderprogramme für Studenten (ERASMUS) sollten nicht nur, wie beabsichtigt, auf Polen, CSSR und Ungarn, sondern auch auf die DDR ausgedehnt werden.

Autobahnraststätten

Die Pächter wehren sich gegen zuviel staatliche Bevormundung

Die angestrebte Privatisierung und Neuorganisation der Autobahnraststätten und Tankstellen war Thema einer Anhörung, zu der die Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 220 betroffene Pächter nach Bonn eingeladen hatte. Zum Ergebnis dieser Anhörung erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der zuständige Berichterstatter, Michael Jung:

Ziel war es, vor einer Entscheidung über die Neuorganisation der Autobahnraststätten, die sich voll in staatlicher Hand befinden, Modelle zu entwickeln, die dem Mittelstand sowohl künftig eine Existenzgrundlage als auch mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bieten.

Nach einer ersten Bewertung kann festgestellt werden, daß die gemeinsame Zielsetzung besteht, die Leistungsfähigkeit der Autobahnraststätten weiter zu erhöhen und damit die Kundenwünsche besser zu befriedigen. Hierzu bedarf es einer Verstärkung des privaten Engagements auch im investiven Bereich, da damit eine größere Handlungsfreiheit für den Betreiber geschaffen wird.

Die Gespräche machten deutlich, daß viele Mängel nicht auf die Betreiber zurückzuführen, sondern vielmehr Ausdruck einer ausgeferten staatlichen Bevormundung sind. Die Anweisungen des Staates an die Pächter drücken sich u. a. in folgenden Kuriositäten aus:

- Die Speisekarte darf nicht strukturell geändert werden.

- Eine freundlichere Gestaltung des Gastraums bedarf der Genehmigung.
- Der angebotene Eintopf hat mindestens 100 g Fleischeinlage zu enthalten.
- Es wird kein Pachtzins auf Toilettenentgelte erhoben, wenn dieses Entgelt einschließlich Toilettenpapier 0,20 DM nicht übersteigt.

Kritisiert wurde auch die Tatsache, daß Straßenbauverwaltungen, die sonst ausschließlich für den Neu- und Ausbau von Straßen zuständig sind, Raststätten bauen, für die völlig andere Maßstäbe anzulegen sind. Daher ist auch eine Neuordnung der Planungs- und Baukompetenzen für die Raststätten erforderlich. Es bietet sich deshalb eine Privatisierung der bestehenden Gesellschaft für Nebenbetriebe an den Bundesautobahnen (GfN) in Form einer Aktiengesellschaft an, bei der dann auch die Pächter eine Möglichkeit der Beteiligung und Mitwirkung haben. Auch für die künftige Eigentums- und Pachtregelung der Autobahnraststätten muß mehr unternehmerisches Handeln der Betreiber und weniger staatlicher Dirigismus möglich sein.

Die Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU wird jetzt ihre Vorstellungen konkretisieren und in die Beratungen des Verkehrsausschusses einbringen. Wir werden dazu weitere Gespräche mit einem von den Pächtern gebildeten Privatisierungsausschuß führen. Der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages wiederum wird an den Bundesminister für Verkehr eine Empfehlung für eine künftige Kabinettsvorlage abgeben. ■

Vernünftige Energiepolitik für Grüne „böhmische Dörfer“

Zum Entwurf eines Aktionsprogramms der Grünen für die Bundestagswahl hat der Vorsitzende des CDU-Bundesausschusses „Energiepolitik“, Ludwig Gerstein, Stellung genommen:

Wenn es noch eines weiteren Beweises dafür bedurft hätte, daß die Bestandteile einer realistischen, umfassenden und umweltverträglichen Energiepolitik für die Grünen „böhmische Dörfer“ sind, dann hat ihn der Entwurf des Aktionsprogramms der Grünen zur Bundestagswahl geliefert. Das seit eh und je gebetsmühlenartig vorgetragene über den Wolken schwebende Gebräu grüner Energiepolitik wird auch durch die x-te Wiederholung nicht richtiger. Die Grünen bauen an ihren Luftschlössern weiter. Fakten werden nicht zur Kenntnis genommen.

■ Der klimaverändernde Prozeß — der Treibhauseffekt — hat bereits eingesetzt. Auf die verantwortliche Nutzung der Kernenergie kann deshalb heute nicht verzichtet werden. Sie hat der Bundesrepublik Deutschland jährlich Millionen Tonnen CO₂-Emissionen erspart. Neben dem kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung fordern die Grünen eine „drastische Rückführung der Verbrennung von Kohle, Öl und Holz“. Diese Kombination ist vollständig illusorisch: In der Bundesrepublik Deutschland werden **48 Prozent** des Strombedarfs aus Stein- und Braunkohlekraftwerken gewonnen. An zweiter Stelle steht die Kernkraft: Die 21 deutschen Kernkraftwerke sind zu **39 Prozent** an der öffentlichen Stromversorgung beteiligt.

■ Völlig ungeniert wird von den Grünen vorgetäuscht, daß die Energieversorgung

durch Energiesparprogramme und durch Energiegewinnung aus regenerativen Quellen sichergestellt werden kann. Richtig ist dagegen: Die erneuerbaren Energien können die heute verfügbaren Energien auch bei größten Anstrengungen bestenfalls ergänzen, aber auf gar keinen Fall ersetzen. Wir wissen, daß jede Kilowattstunde, die aus „sanfter Energie“ erzeugt wird, dazu beiträgt, daß unsere Umwelt nicht noch mehr belastet wird. Notwendig ist deshalb die verstärkte Erforschung von Zukunftslösungen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat gehandelt. 273,3 Millionen DM stellte sie 1989 für den Bereich „erneuerbare und rationellere Energieverwendung“ zur Verfügung. Sie setzt damit mehr Finanzmittel ein, als jedes andere Land in Europa, mehr als alle EG-Länder zusammen.

Die Grünen ignorieren die bereits erreichten Erfolge

■ Die Grünen ignorieren völlig die bereits erreichten Erfolge bei der Energieeinsparung. 1974 lag der auf Wohnflächen bezogene Wärmebedarf durchschnittlich bei 40 Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr. Heute liegt der Durchschnittswert bei der Hälfte: rund 20 Liter Heizöl. Der Brennstoffverbrauch je Kilowattstunde Strom wurde seit den 50er Jahren halbiert, die Netzverluste um zwei Drittel gesenkt. Seit Mitte der 70er Jahre konnte die Energieproduktivität so gesteigert werden, daß heute mit etwa dem gleichen Primärenergieverbrauch ein 30 Prozent höheres Sozialprodukt erwirtschaftet wird. Dieser Weg muß konsequent weitergegangen werden.

Beim Umwelt-Strafrecht werden die Schlupflöcher geschlossen

1973 beliefen sich die polizeilich erfaßten Umweltverstöße auf lediglich 2321, 1988 waren es bereits 21 116. Deshalb soll die Umwelt durch höhere Strafen für Umweltkriminelle besser geschützt werden. Die Behörden sollen mit härteren Bandagen gegen Umweltstraftäter vorgehen können. Vorhandene Lücken beim strafrechtlichen Schutz der Umwelt sollen geschlossen werden. Dies sind die wichtigsten Ziele des Entwurfes des „Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität“, der nach dem Willen der Bundesregierung Helmut Kohl noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll.

Die Höchststrafe für besonders schwere Umweltstraftaten soll von fünf auf zehn Jahre angehoben werden, auch wenn keine konkrete Gefährdung von Menschen vorlag. Weiter soll der Tatbestand der Bodenverunreinigung eingeführt werden. Bislang konnte nur belangt werden, wenn gleichzeitig eine Grundwasserverunreinigung oder die Lagerung gefährlicher Abfälle nachgewiesen wurde. Die Verseuchung z. B. des Bodens mit Altöl aus einem Tankwagen wird bislang strafrechtlich nicht verfolgt.

Auch die Strafvorschrift gegen Luftverunreinigung soll durch die Einführung eines Emissionstatbestandes weiter gefaßt werden. Dieser bezieht sich auf Rechtsverstöße beim Betrieb von industriellen Anlagen.

Außerdem soll unterbunden werden, daß gefährliche Abfälle als Wirtschaftsgüter getarnt und die Schuldigen bei pflichtwidrigem Umgehen damit nicht erfaßt

werden können. Dem illegalen Abfalltourismus, der insbesondere die Dritte Welt belastet, soll ein Riegel vorgeschoben werden. Umweltgefährdende Abfallbeseitigung will der Gesetzgeber künftig drastischer ahnden — mit fünf statt drei Jahren Haft oder entsprechender Geldstrafe.

Andererseits wird der „tätigen Reue“ mehr Raum gegeben: Gerichte können die Strafe mildern oder ganz auf sie verzichten, wenn es einem Täter in „tätiger Reue“ gelingt, „freiwillig“ die Gefahr abzuwenden, „bevor ein erheblicher Schaden entsteht.“

Zum Gesetzesvorhaben erklärte Dr. Paul Laufs, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Es ist zwar richtig: Das Strafrecht kommt

Die wichtigsten Ziele des Entwurfes eines zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Umweltkriminalität

immer zu spät. Es trägt aber dazu bei, die Wertigkeit der geschützten Rechtsgüter im öffentlichen Bewußtsein nachhaltig zu verankern. Wer künftig illegal ein Gebäude in einem Naturschutzgebiet errichtet, der muß sich auch des strafrechtlichen Risikos bewußt sein. Er muß das Gebäude nicht nur abreißen und den alten Zustand der Natur wiederherstellen, sondern er erhält darüber hinaus auch eine empfindliche Strafe. Wir nehmen solche Grenzziehungen zum Schutz unserer Umwelt sehr ernst, und wir dokumentieren dies mit unserer Gesetzesinitiative.“

Zwei Staaten auf einen Blick

	DDR	Bundes- rep.		DDR	Bundes- rep.
Bevölkerung (1989)					
insgesamt (in Millionen)	16,4	62,4	Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens	6,5	12,6
darunter Frauen (in %)	52,2	51,5	Wohnungswirtschaft (1988)		
Geburten je 1 000 Einwohner	12,9	11,0	Wohnungen je 1 000 Einwohner	421	426
Fläche (in 1 000 km ²)	108	249	Wohnfläche (m ² je Einwohner)	27,0	34,9
Bevölkerung je m ²	154	248	Binnenhandel (1988)		
Kindersterblichkeit (pro 1 000 Geburten)	9	8	Einzelhandelsumsatz (Mrd. M/DM)	127	483
Lebenserwartung (Jahre)	75	73	Außenhandel (1988)		
Erwerbstätige (Millionen)	8,98	27,31	Einfuhr (Mrd. Valutamark/DM)	87,2	439,6
darunter Frauen (in %)	49	38	darunter aus (in %)		
Arbeitslose (Millionen)	0	2,19	UdSSR	39,2	1,6
Arbeitsproduktivität (in %)	49	100	anderen sozialistischen Ländern	29,5	4,3
Umweltbelastung (1986)					
Schwefeldioxidemission in Mio. t	5,0	2,2	nicht sozialistischen Ländern	31,4	94,1
Stickoxidemission in Mio. t.	1,0	3,0	Ausfuhr (Mrd. Valutamark/DM)	90,2	567,7
Verkehr (1988)					
Länge der Autobahnen in km	1 855	8 618	darunter nach (in %)		
elektrifizierte Bahnstrecken (km je 1 000 km ²)	32	47	UdSSR	35,8	1,8
zugelassene Personenkraftwagen (Millionen)	3,7	28,9	andere sozialistische Länder	33,7	3,8
Einkommen, Ersparnis (1988)					
Monatsnettolöhne und -gehälter je Beschäftigten (M/DM)	925	2 198	nicht sozialistische Länder	30,5	94,4

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Die deutsch-deutschen Wohlstandsunterschiede sind nicht das Ergebnis natürlicher Standortunterschiede, sondern einer verfehlten Wirtschafts- und Ordnungspolitik im Osten. Denn in dem Teil Deutsch-

lands, der nach dem Krieg von der sowjetisch besetzten Zone zur DDR wurde, gab es früher blühende und leistungsfähige Wirtschaftszentren, vor allem in Sachsen und Brandenburg. (iwd/8. März 1990)

Das Startsignal zum wirtschaftlichen Aufbau der DDR

Zum Erfordernis eines „Leitsätze-gesetzes“ in der DDR erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

In der DDR müssen die Rahmenbedingungen zur Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion aufgestellt werden. Hierzu bedarf es eines Gesetzgebungsaktes, der nach dem Vorbild des sog. „Leitsätze-gesetzes“ von Ludwig Erhard aus dem Jahre 1948 den Grundstein für die Soziale Marktwirtschaft in der DDR legt. Dieser Grundstein muß die Mindestvoraussetzungen für das Funktionieren einer Marktwirtschaft beinhalten; dazu zählen folgende „Essentials“:

- Einführung der Gewerbe-, Niederlassungs- und Vertragsfreiheit,
- Zulassung von Privateigentum an Produktionsmitteln und -stätten,
- Preisfreigabe auf möglichst vielen Märkten, insbesondere für Erzeugnisse von Industrie und Handel sowie Dienstleistungen,
- Abschaffung des Außenhandelsmonopols und Liberalisierung des innerdeutschen Handels,
- Zulassung der Tarif- und Koalitionsfreiheit, Aufbau eines Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherungssystems, Einführung einer Arbeitsrechtsordnung nach bundesdeutschem Vorbild,
- Schaffung eines investitions- und leistungsfreundlichen Steuersystems,
- Einführung einer Wettbewerbskontrolle durch weitgehende Übernahme des bundesdeutschen Wettbewerbsrechts einschließlich der Fusionskontrolle. ■

Billigkeitsregelung für Hilfeleistungen an die DDR

Aus allgemeinen Steuerbefreiungen mit den Ländern sind Billigkeitserwägungen für unentgeltliche Hilfeleistungen von Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland an Unternehmen und öffentliche Stellen in der DDR vereinbart worden. Dazu erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Friedrich Voss:

Infolge der politischen Veränderungen in der DDR sind viele Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland bereit, aus selbstlosen Beweggründen wirtschaftliche Hilfeleistungen in Form von unentgeltlichen Zuwendungen zu erbringen. Empfänger sind Unternehmen, karitative Organisationen, Kirchen oder öffentliche Stellen in der DDR.

Hilfen für Hilfe

Beispiele für derartige Hilfeleistungen sind die Überlassung gebrauchter Wirtschaftsgüter wie Fernschreiber, Bürokopierer, Schreibmaschinen, die Gestellung medizinischer Einrichtungen (z.B. Zahnarztstühle) und Umweltschutzeinrichtungen, die Überlassung von Bussen und Bahnfahrzeugen hier ansässiger Verkehrsunternehmen an Gemeinden oder Verkehrsbetriebe in der DDR.

Derartige Zuwendungen sollen in der Zeit vom 1. November 1989 bis 31. Dezember 1990 nicht zu umsatz- und ertragsteuerpflichtigen Entnahmen führen oder der Schenkungsteuer unterliegen.

Kindererziehungsleistung für Mütter der Geburtsjahrgänge 1917-1920

Wie schon die Mütter der Geburtsjahrgänge bis 1916 sollen von Oktober 1990 an auch die Mütter der Jahrgänge 1917 bis 1920 für jedes ihrer Kinder unter bestimmten Voraussetzungen eine Kindererziehungsleistung von der Rentenversicherung erhalten. Die Höhe dieser Leistung beträgt voraussichtlich 29,80 Mark im Monat. Sie wird auch dann gewährt, wenn das Kind nach der Geburt gestorben ist.

Ab Oktober 1990 profitieren alle Mütter der Jahrgänge vor 1921 von der Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Wichtig ist uns dabei, daß Erziehungsarbeit in der Familie der Erwerbsarbeit gleichgestellt wird.

CDU-Abgeordnete **Gertrud Dempwolf**: Unsere Sozialpolitik erkennt an, daß ohne die Erziehungsleistung der Generationenvertrag gar nicht erfüllbar wäre.

Anspruchsberechtigt sind alle Mütter, gleichgültig, ob sie schon Rente beziehen oder nicht. Es muß aber unbedingt ein Antrag gestellt werden. Die Mütter, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, erhalten Ende März 1990 das entsprechende Antragsformular von der Bundespost zugeschickt. Wer keine Rente bezieht, wird in einem öffentlichen Aufruf darüber informiert, bei welchen Stellen die Formulare erhältlich sind. Diese Mütter brauchen also zur Zeit noch keine Anträge zu stellen.

Die Geburt des Kindes ist grundsätzlich nachzuweisen, zum Beispiel durch beglaubigte Abschriften des Geburtseintrags, Geburtsurkunden, beglaubigte Abschriften oder Auszüge aus dem Familienbuch der Eltern oder des Kindes.

Diese Urkunden sind häufig im Familienstammbuch zu finden, das die Mütter zu Hause haben. Sind in der Familie diese Nachweise nicht vorhanden, sollten sie beim Standesamt des Geburtsortes des Kindes besorgt werden. In Fällen, in denen dies nicht möglich oder mit Schwierigkeiten verbunden ist, hilft das Standesamt am Wohnsitz der Mutter weiter.

Die Standesämter in der Bundesrepublik Deutschland und die entsprechenden Stellen in der DDR stellen die Urkunden kostenfrei aus. Sind keine Urkunden vor-

„Wenn ab dem 1. Oktober 1990 Mütter der Geburtsjahrgänge 1917 bis 1920 Kindererziehungszeiten bei der Rente anerkannt bekommen, ist ein großer Schritt in sozialpolitisches Neuland getan. Norbert Blüm

handen, kann unter bestimmten Voraussetzungen auch der Nachweis durch andere Unterlagen, zum Beispiel Taufbescheinigungen, in Betracht kommen.

Hilfestellung beim Ausfüllen der Anträge leisten die folgenden Stellen:

- Die Versicherungsämter;
- die Auskunfts- und Beratungsstellen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) oder Landesversicherungsanstalten;
- Die Versichertenältesten der Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Bei diesen Stellen sind die Anträge auch einzureichen.

Einsparziele der Gesundheitsreform wurden voll erreicht

Sehr zufrieden hat sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu den jetzt von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenkassen vorgelegten Abrechnungsergebnissen für das Jahr 1989 geäußert: „Das Jahresergebnis 1989 hat alle Kritiker der Gesundheitsreform widerlegt, insbesondere die böswillige Kritik der Opposition. Wir sind mit der Umsetzung der Gesundheitsreform auf Erfolgskurs. Die für 1989 angestrebten Einsparziele wurden in vollem Umfang erreicht.“

Blüm betonte, das wahre Ausmaß der durch die Gesundheitsreform erreichten Einsparung werde erst deutlich, wenn man die tatsächliche Ausgabenentwicklung mit der Situation vergleiche, wie sie ohne das Gesundheits-Reformgesetz eingetreten wäre. In diesem Falle, so der Arbeitsminister, wären die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1989 auf rd. 137 Mrd. DM gestiegen, d. h., die Beitragszahler hätten rd. 5,2 Mrd. DM mehr an Beiträgen zahlen müssen. Im Jahr 1990 wären den Beitragszahlern rd. 12,5 Mrd. DM mehr abverlangt worden.

Ohne Reform wäre der Beitrag auf 14% gestiegen

Die Entlastungen summieren sich also für die beiden ersten Jahre nach der Gesundheitsreform auf 17,7 Mrd. DM.

Noch greifbarer für den Versicherten sei dieser Erfolg am Beitragssatz abzulesen. Ohne die Gesundheitsreform wäre der durchschnittliche Beitragssatz bis 1990 auf 14 Prozent gestiegen. Statt dessen sei

jetzt eine Beitragssenkung im Laufe des Jahres 1990 auf 12,5 Prozent erreichbar. Damit zahle der Arbeitnehmer durchschnittlich im Jahr 1990 rund 300 Mark weniger Beitrag als ohne Reform.

„Die Zahlen beweisen, daß wir eine Reform für die Versicherten gemacht haben“, erklärte Norbert Blüm, „jede eingesparte Mark kommt den Versicherten, den Beitragszahlern zugute.“

Die Kritik der Opposition an der Gesundheitsreform sei jetzt endgültig als bössartige Agitation entlarvt. Das Gerede der SPD von den angeblich unsozialen Auswirkungen der Reform sei nichts weiter als üble Nachrede. Damit solle von der Konzeptionslosigkeit der Opposition in der Gesundheitspolitik abgelenkt werden.

Die Opposition analysierte, wir haben gehandelt

Norbert Blüm: „Die Opposition hat als ihren Lösungsvorschlag für die Probleme in der Gesundheitspolitik im Jahre 1987 im Bundestag eine Enquete-Kommission beantragt. Jetzt nach drei Jahren liegt der Bericht dieser Kommission vor. Es ist eine sehr fleißige Arbeit mit Analysen, mit Problembeschreibungen und Mängel-listen zum System der gesetzlichen Krankenversicherung.“

Wir haben stattdessen gehandelt und das Gesundheits-Reformgesetz verabschiedet. Wären wir der Opposition gefolgt, stünden wir heute ebenso wie sie selbst, zwar mit einem dicken Bericht, aber im übrigen mit leeren Händen da, und die Beitragszahler müßten mit 17,7 Milliarden dafür einstehen.“

38. Landesparteitag in Mainz

Verwaltung muß vereinfacht werden

Wenn Bürger trotz des eindeutigen Willens ihrer Gemeinden 19 Jahre auf eine Umgehungsstraße warten müssen, dann stimmt etwas nicht in unserem Staat. Diese Erkenntnis hat den CDU-Landesvorstand Rheinland-Pfalz dazu bewogen, im vergangenen Jahr unter Leitung des Koblenzer Regierungspräsidenten Dr. Theo Zwanziger eine Kommission „Verwaltungsvereinfachung“ einzusetzen. Das von der sogenannten „Zwanziger-Kommission“ erarbeitete Kommissionspapier lag dem 38. CDU-Landesparteitag (2./3. März 1990) zur Beschlußfassung vor.

Das Papier erarbeitet ein Bild der Verwaltung in Rheinland-Pfalz in den 90er Jahren, das im wesentlichen von drei Leitideen geprägt ist.

- Es stellt sich die Frage, ob eine Verwaltungsleistung überhaupt durch die öffentliche Hand angeboten werden muß.
- Es will Verwaltungsleistungen möglichst nah an den Bürger bringen, Zuständigkeiten sollen „abgezont“ d. h. möglichst auf eine untere Verwaltungsebene verlagert werden, etwa von Ministerien auf Bezirksregierungen oder von Bezirksregierungen auf Kreisverwaltungen.

Der Landesparteitag diskutierte die Vorschläge in einer fünfstündigen Debatte und nahm das Papier in abgeänderter Form mit großer Mehrheit an. Nun liegt es an der CDU-Landtagsfraktion, die

wesentlichen Kernpunkte der Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

„Drei Reformen liegen mir besonders am Herzen: Die Parteireform, die Verwaltungsreform und eine Parlamentsreform. Die wesentlichen Teile der Parteireform haben wir auf den letzten beiden Parteitagen mit Beschlüssen zur Parteistruktur und zur Frauenpolitik abgeschlossen. Die Parlamentsreform haben wir mit der Berufung der Kommission Parlamentsreform unter der Leitung von Bundestagspräsident a. D. Kai Uwe von Hassel auf den Weg gebracht. Beim Thema Verwaltungsreform sind wir mit den Beschlüssen des 38. Landesparteitags ein gutes Stück weitergekommen“, so der CDU-Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm abschließend.

Ein Plus für die Frauen

„Dieser Landesparteitag ist ein Plus für die Frauen“, dies war das Fazit des CDU-Landesvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm zur frauenpolitischen Debatte auf dem 38. Landesparteitag. Im vergangenen Jahr hatte der CDU-Landesvorstand eine Kommission unter Leitung der Staatssekretärin im Familienministerium, Dr. Maria Herr-Beck, eingesetzt, die sich mit dem Bild der Frau in einer sich wandelnden Gesellschaft beschäftigen sollte. Die Kommission hat ein Papier vorgelegt, daß dem Landesparteitag zur Beschlußfassung vorlag.

Kernpunkt der Debatte um das Papier, zu

Die Beschlüsse des CDU-Landesparteitags können angefordert werden bei:
 CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz — Pressestelle —,
 Rheinallee 1 a — 1 d, 6500 Mainz

dem die Partei insgesamt 105 Änderungs- und Ergänzungsanträge stellte, war die Auseinandersetzung um die Fragen: Soll es eine Quote geben? Wie soll die Quote aussehen? Nach einer intensiv geführten Debatte entschied sich der Landespartei-tag dafür, daß eine Vertretung weiblicher Mitglieder von 30 Prozent angestrebt werden soll.

„Im Zusammenhang mit dem Beschluß zur Parteireform, den wir beim 37. Landespartei-tag gefaßt haben, haben die Frauen in unserem Landesverband eine gute Ausgangsbasis, mehr Ämter als bisher zu erlangen. Beim vorletzten Parteitag haben wir beschlossen, daß niemand mehr als drei Ämter in Partei und Staat innehaben soll. Das schafft Platz. Platz, auf den Frauen Anspruch erheben können. Die Soll-Quote wird ihnen dabei helfen, diese Plätze auch in den Wahlen zu erringen. Deshalb mein Fazit: Parteireform und Frauen-Papier — eine runde Sache“, so Hans-Otto Wilhelm abschließend.

Landesverband Sachsen der Frauen-Union

Frauen der „Allianz für Deutschland“ haben den Landesverband Sachsen der Frauen-Union gegründet. Zum Gründungsakt erklärte die stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Roswitha Verhülsdonk: „Die Gründung der Frauen-Union in Sachsen ist eine konsequente Folge der bereits in Ost-Berlin erfolgten Gründung der deutsch-deutschen Frauen-Union am 24. Februar 1990. Sie erfolgt aus der Erkenntnis, daß die Frauen in der DDR jetzt eine organisierte Interessenvertretung zur Durchsetzung ihrer berechtigten Belange brauchen.“

Erste deutsch-deutsche Partnerbörse für Schulen

Der Deutsche Lehrerverband hat eine deutsch-deutsche Partnerbörse für Schulen eingerichtet. Er will damit das organisatorisch nach wie vor schwierige Entstehen von deutsch-deutschen Schulpartnerschaften erleichtern.

Solche Schulpartnerschaften sind in den vergangenen vier Monaten zwar schon zahlreich entstanden, allerdings konzentrieren sie sich auf Schulen in Regionen nahe der innerdeutschen Grenze und auf Schulen aus deutsch-deutschen Städtepartnerschaften.

An der Partnerbörse können sich interessierte Schulen in beiden Teilen Deutschlands wie folgt beteiligen: Sie senden ihren Kontaktwunsch an den Deutschen Lehrerverband samt Anschrift und kurzer Charakterisierung der Schule (Schulart, Schulstufe, besonderes Gepräge im fachlichen, musischen, ökologischen, sportlichen Bereich usw.) sowie samt eventueller Wünsche an den gesuchten Partner (Region, Bücherwünsche usw.).

Der Deutsche Lehrerverband wird alle eingehenden Kontaktwünsche ab Mai 1990 in seiner Verbandszeitschrift „Bildung konkret“ veröffentlichen. Diese Zeitschrift ist an allen bundesdeutschen Gymnasien, Realschulen und beruflichen Schulen bekannt, und sie geht mittlerweile mit mehr als 1.000 Exemplaren an Lehrer und Schulen in die DDR. Die Schulen finden ihre möglichen Partner darin ab Mai.

(Anschrift des Deutschen Lehrerverbandes: Karl-Barth-Straße 102, 5300 Bonn 1)

Landesparteitag 1990 in Delmenhorst

Die Regionen des Landes in ihrer Bedeutung weiter stärken

Nach einer Vereinigung Deutschlands muß die CDU die Führung übernehmen. Das hat Generalsekretär Volker Rühle am 24. März in Delmenhorst gefordert. Auf dem Landesparteitag der oldenburgischen CDU sagte er: „Darum werden wir kämpfen, und wir müssen jetzt schon anfangen.“ Wenn den Menschen in der DDR geholfen werden solle, sei das die wichtigste Voraussetzung.

Wenn hier andere regieren würden, würde auch die Bundesrepublik zum Problem, meinte Rühle. Die Bundesrepublik müsse aber ein „Problemlöser“ bleiben. Nur dann werde Europa zusammenwachsen und in der Lage sein, Menschen auch in anderen Teilen der Welt zu helfen.

Die Währungsunion und ein mit der DDR gemeinsames Wirtschaftsgebiet könne auf schnellstem Wege verwirklicht werden, ohne daß es zu Steuererhöhungen und Sonderopfern in der Bundesrepublik komme, erklärte der Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Manfred Carstens. Er warf in diesem Zusammenhang der SPD „typische Angstmacherei“ vor und zeigte sich davon überzeugt, daß die konsequente Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft schlagartig einen steilen Aufschwung in der DDR auslösen werde.

Folgerichtig sprach sich Carstens — wie es auch in einem Leitantrag des Landesvorstands zum Ausdruck kommt — für eine schnelle Vereinigung Deutschlands nach Artikel 23 Grundgesetz aus. Car-

stens: „Dies bedeutet keinen Anschluß, sondern einen Beitritt mit Übergangsstufen und Einzelvereinbarungen.“

Zur Landtagswahl am 13. Mai erklärte der Landesvorsitzende: „Unser Landesverband freut sich auf Rita Süsmuth und stellt fest, daß die Opposition im Lande mit dieser neuen Lage überhaupt nicht fertig wird.“

Carstens erinnerte an die sozialen und familienpolitischen Leistungen der CDU bis hin zur Berücksichtigung der Erziehungszeiten von mittlerweile 2,7 Millionen Mütter in der Rente. Die CDU werde diese Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode ausbauen und der Familie einen noch höheren Stellenwert einräumen.

Die Bedeutung des Landschafts- und Umweltschutzes stellte der Sprecher der oldenburgischen CDU-Landtagsabgeordneten, Clemens-August Krapp, anlässlich der Verabschiedung des Wahlaufrufs zur Landtagswahl in die Mitte seiner Ausführungen.

Krapp betonte, daß die CDU eine besondere Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung hätte, und sprach sich für die Fortsetzung einer Politik aus, die kleinen und mittleren Betriebe in der Landwirtschaft, in Handel, Handwerk und Fremdenverkehr genügend Spielraum zur Entfaltung lasse.

Es gelte, so Krapp, der Politik der Regierung Albrecht auch nach dem 13. Mai 1990 zum Erfolg zu verhelfen, um die Regionen des Landes in ihrer Bedeutung weiter zu stärken.

31. EAK-Bundestagung in Wuppertal

Freiheit und Einheit: Die Zukunft für Deutschland

Auf der 31. EAK-Bundestagung am 23. und 24. März 1990 in Wuppertal, die unter dem Motto „Freiheit und Einheit — Zukunft für Deutschland“ stand, wurde der Bundesbeauftragte für den Zivildienst und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU NRW, Peter Hintze, 39, zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Hintze vertritt damit die 270.000 evangelischen Mitglieder der Union. Er erklärte bei seiner Wahl, daß in Zukunft für den EAK mit der Vereinigung Deutschlands eine große Herausforderung verbunden sei.

Das theologische Abendgespräch mit Bundesminister Norbert Blüm, Bischof Dr. Rogge (Görlitz), Oberkirchenrat Regul (Düsseldorf) sowie Matthias Gehler und Christel Lieberknecht (DDR-CDU) stand unter dem Thema „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Rund 450 Gäste aus beiden Teilen Deutschlands nahmen daran teil.

In den sehr engagiert und offen vorgetragenen Diskussionsbeiträgen schilderten die Teilnehmer aus der DDR ihre Hoffnungen, aber auch ihre Ängste. Bischof Rogge faßte es so zusammen: „Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, und es ist von entscheidender Bedeutung, daß Menschen in den bisherigen zwei deutschen Staaten nach neuer Orientierung gemeinsam fragen und dafür gemeinsame Kriterien haben.“

Erster Höhepunkt am Samstag war die Antrittsrede von Peter Hintze. Seinem Auftrag als Brückenbauer sollte der

Evangelische Arbeitskreis dadurch entsprechen, daß er Positionen bereits im Vorfeld der festgeschriebenen Programmatik klärt. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung eines Deutschland-Forums des EAK, das abwechselnd im Westen und Osten Deutschlands veranstaltet werden soll.

Neue Herausforderungen sah Hintze auch für die evangelischen Kirchen: „Ich wünsche mir, daß die EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR rasch auch jene organisatorische Einheit finden, die der nie aufgegebenen geistlichen Einheit entspricht.“

Vor den 800 Gästen sprach anschließend der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl. Zur angestrebten Wirtschaftsordnung für ein vereintes Deutschland führte er u. a. aus: „Der große Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft war und ist, die Wirtschaft so zu ordnen, daß Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden können.“

Im Hinblick auf neue Aufgaben des EAK forderte Helmut Kohl: „Der Evangelische Arbeitskreis ist für CDU und CSU eine unentbehrliche Brücke zur evangelischen Kirche — wie ich hoffe, demnächst auch zur evangelischen Kirche in der DDR. Es gilt, auch im Hinblick auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, das Engagement evangelischer Christen in der Union zu fördern und zu bekräftigen. Hier wächst dem EAK eine wichtige neue Aufgabe zu.“

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Der Kandidat

Mangel an Format

Natürlich gab es für die Bonner SPD keine Alternative zu Oskar Lafontaine. Doch gerade weil seine Nominierung zum Kanzlerkandidaten so unausweichlich geworden war, wirken ihre Begleitumstände alles andere als motivierend.

Die herrische Art, in der Lafontaine seiner Partei ein Vertrauensvotum, in Wirklichkeit eine Unterwerfungserklärung abforderte, wirkte so makaber wie unrealistisch. Zum einen weiß er doch aus eigenem vergangenen Tun selber am besten, wie wenig sich eigenständige Köpfe unter die Knute des Vormannes fügen. Zum anderen: Ein Moses, der sein Parteivolk, noch dazu aus beiden deutschen Staaten, unfehlbar zum gelobten, zum geeinten Land zu führen wußte, ist er jedenfalls nicht.

Im Gegenteil, die letzten Monate haben gezeigt, daß Lafontaine ganz schön neben den politischen Herausforderungen der Zeit liegen kann. Nicht einmal

dort, wo er beansprucht, alle seine Kritiker seien ihm schließlich gefolgt, hat er wirklich recht. Die geforderte Streichung inzwischen obsolet gewordener Finanzhilfen für DDR-Übersiedler war es ja gar nicht gewesen, die ihm vor Monaten Klassenkeile eingetragen und schließlich auch Wähler in der DDR tief verstört hatte. In Wirklichkeit wollte er doch noch nach dem Mauerbruch zwei getrennte deutsche Staatsbürgerschaften und eine gesetzliche Aushöhlung der Freizügigkeit. Nicht seine Partei muß er von solchen Irrläufern abhalten, sondern sich selber.

Zumal da er sich bereits auf den nächsten Irrweg begibt: Sein sich abzeichnender Versuch, das Thema der innerdeutschen Solidarität allein negativ zu besetzen (möglichst keine Opfer, schon gar nicht, wenn Kohl sie fordert), deutet eine kleinliche Enge des politischen Weltbildes an, einen Mangel an Kanzlerformat. Mag sein, daß er seine Partei zwingen kann, das zu akzeptieren. Aber ob das den Wählern reicht?

aus: Die Zeit

UID

11/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.